

Staatsgerichtshof

Präsident: Dr. Hilmar Hoch

Im Berichtsjahr fielen 144 Individualbeschwerdeverfahren und zwei Normenkontrollverfahren an. Es wurden 71 Anträge auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung bzw. Erlass einer vorsorglichen Massnahme und 16 Anträge auf Bewilligung der Verfahrenshilfe bzw. Gebührenbefreiung gestellt sowie 13 Beschwerden gegen Präsidialbeschlüsse eingebracht. Die Individualbeschwerden bzw. die Normenkontrollanträge teilen sich wie folgt nach Rechtsgebieten auf: Verwaltungsrecht: 81, Zivilrecht: 69 und Strafrecht: 44. Der Beschwerdeanfall erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 27 Fälle. Insgesamt wurden 148 Fällen erledigt. 46 Fälle sind noch offen.

Zu den in der folgenden Fallliste mit einem * gekennzeichneten Fälle werden am Schluss noch kurze Anmerkungen gemacht.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Staatsgerichtshofes wurden bzw. werden folgende Fälle behandelt:

StGH-Nr.	Gegenstand	Entscheidung/Verfahrensstand
2024/034	Bewilligung der Verfahrenshilfe	Folge
2024/058	Erlass eines Amtsbefehls	keine Folge
2024/059*	Parteikosten im Verwaltungsverfahren	Folge
2024/060	Bestellung eines Nachtragsliquidators	Zurückweisung
2024/062	Strafverfahren (bedingte Haftentlassung nach § 46 StGB)	Einstellung
2024/066	Übermittlung von SPG-Unterlagen gem. Art. 28 Abs. 4 SPG	keine Folge
2024/069*	(UR-)Strafverfahren	keine Folge
	(Geldwäscherei gem. § 165 Abs. 1 - 3 StGB)	
2024/070	(UR-)Strafverfahren	keine Folge
	(Geldwäscherei gem. § 165 Abs. 1 - 3 StGB)	
2024/071	Sozialversicherungssache (Rückforderungsanspruch nach Art. 82 AHVG)	keine Folge
2024/072	Strafverfahren (Körperverletzung, Drohung, Stalking)	keine Folge
2024/075	Disziplinarsache	keine Folge
2024/077	Leistungs- und Feststellungsbegehren	keine Folge
2024/078	Leistungsbegehren (Widerklage)	keine Folge
2024/081	(Straf-)Rechtshilfeverfahren (Ausfolgung von Unterlagen)	Zurückweisung/keine Folge
2024/082	Normenkontrollantrag betr. Art. 29 Bauordnung Steg	teilw. Folge
2024/083	Einreichung der Jahresrechnungen 2019, 2020 und 2021	keine Folge
2024/084	Überbauungsplan	keine Folge
2024/085	Strafverfahren (Nötigung, Urkundenunterdrückung u. a.)	keine Folge
2024/087	Ablehnung OG-Richter	Zurückweisung
2024/091	Stiftungsaufsichtsmassnahmen	Zurückweisung
2024/092	Rechnungslegung/Forderungsexekution	keine Folge
2024/096	Sozialversicherungssache (Einstellung IV-Rente)	keine Folge
2024/100	(UR-)Strafverfahren (Hausdurchsuchungs- und Beschlagnahmefehl)	keine Folge
2024/101	Trustaufsicht (Parteistellung)	keine Folge
2024/102	Stiftungsaufsicht	keine Folge
2024/103	Antrag auf Insolvenzeröffnung	Zurückweisung
2024/104	Kündigung Dienstverhältnis (Mobbing, u. a.)	keine Folge
2024/105	Strafverfahren (Übertretung nach Art. 86 Abs. 1 SVG)	keine Folge
2024/108	Exekutionsbewilligung	keine Folge
2024/109	Stiftungsaufsicht (Abberufung der Stiftungsräte)	Folge
2024/110	Erlass eines Amtsbefehls	keine Folge
2024/111	(Straf-)Rechtshilfeverfahren (Ausfolgung von Unterlagen)	keine Folge
2024/112	Internationale Sanktionen (Zwangsmassnahmen nach ISG)	keine Folge
2024/113	Steueramtshilfe	keine Folge
2024/114	Steueramtshilfe	keine Folge

GERICHTE

480 I	2024/115	Asyl für abgeschlossen erklärt	mangels weiterer Eingaben
	2024/116	Informations- und Auskunftserteilung nach § 9 StiftG	keine Folge
	2024/117	Normprüfungsverfahren (Beschwerde gem. Art. 15 Abs. 3 StGHG) betr. Staatsvertrag vom 20. Oktober 2022 (Austausch von Sperrlisten im Geldspielbereich)	keine Folge
	2024/118	Strafverfahren (Übertretung nach Art. 85 Abs. 1 SVG)	keine Folge
	2024/119	(Straf-)Rechtshilfeverfahren (Ausfolgung von Unterlagen)	Zurückweisung/keine Folge
	2025/002	Sozialversicherungssache (Aberkennung der IV-Rente)	keine Folge
	2025/004	negative Feststellungsklage	Zurückweisung
	2025/005	Covid-19-Verordnung	für zurückgezogen erklärt mangels Entrichtung der Gebühren
	2025/006	Führerausweisentzug	keine Folge
	2025/007	Asyl (Unzulässigkeit)	mangels weiterer Eingaben für abgeschlossen erklärt
	2025/008	Asyl (Unzulässigkeit)	mangels weiterer Eingaben für abgeschlossen erklärt
	2025/009	(Straf-)Rechtshilfeverfahren (Verdacht der Geldwäscherei)	mangels weiterer Eingaben für abgeschlossen erklärt
	2025/010	Strafverfahren (Diebstahl nach § 137 StGB)	Zurückweisung
	2025/012	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/013	Normprüfungsverfahren (Beschwerde gem. Art. 15 Abs. 3 StGHG) betr. Art. 29d Abs. 1, 2, 6 und 7 Ukraine-Verordnung	Verfahrenseinstellung (Rückzug)
	2025/014	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/015	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/016	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/017	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/018	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/019	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/020	Einleitung Stiftungsaufsichtsverfahren	Zurückweisung
	2025/021	(Straf-)Rechtshilfeverfahren (Veranlagung von gesperrten Vermögenswerten)	keine Folge
	2025/022	Erlass eines Amtsbefehls	keine Folge
	2025/023	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/024	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/025	Steueramtshilfe (Italien)	mangels weiterer Eingaben für abgeschlossen erklärt
	2025/026	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/027	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/028	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/029	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/030	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/031	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/032	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/033	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/034	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/035	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/036	Steueramtshilfe (Italien)	Folge
	2025/037	Strafverfahren (schwerer Betrug gem. §§ 146 f. StGB)	keine Folge
	2025/038	Forderung	keine Folge
	2025/039	Waldrodungsbewilligung	keine Folge
	2025/040	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/041	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
	2025/042	(UR-)Strafverfahren (Herausgabe- und Beschlagnahme von Unterlagen)	keine Folge

2025/043	(UR-)Strafverfahren (Herausgabe- und Beschlagnahme von Unterlagen)	keine Folge
2025/044	(UR-)Strafverfahren (Herausgabe- und Beschlagnahme von Unterlagen)	keine Folge
2025/045	Sozialversicherungssache (Arbeitnehmerbeiträge, Beitragsermittlung)	Zurückweisung/keine Folge
2025/046	Aufsichts- und Säumnisbeschwerde	keine Folge
2025/047	Asyl	Zurückweisung
2025/048	Asyl (Unzulässigkeit)	Zurückweisung
2025/049	(UR-)Strafverfahren (Fortsetzungsantrag)	keine Folge
2025/050	Säumnisbeschwerde (Aberkennung Landesbürgerrecht)	keine Folge
2025/051	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
2025/052	Steueramtshilfe (Italien)	für zurückgezogen erklärt mangels Entrichtung der Gebühren
2025/053	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
2025/054	Steueramtshilfe (Italien)	Folge
2025/055	Vorübergehende Schutzgewährung	mangels weiterer Eingaben für abgeschlossen erklärt
2025/058	Sozialversicherungssache (IV-Rente)	keine Folge
2025/060	Forderung	Zurückweisung
2025/061	Vorübergehende Schutzgewährung	mangels weiterer Eingaben für abgeschlossen erklärt
2025/062	Bestellung Beistand	für zurückgezogen erklärt mangels Entrichtung der Gebühren
2025/063	(UR-)Strafverfahren (Veranlagung von Vermögenswerten)	Verfahrenseinstellung (Rückzug)
2025/064	Erlag einer Prozesskostensicherheitsleistung	keine Folge
2025/065	Bestellung Beistand	für zurückgezogen erklärt mangels Entrichtung der Gebühren
2025/066	Bestellung Beistand	für zurückgezogen erklärt mangels Entrichtung der Gebühren
2025/067	Bestellung Beistand	für zurückgezogen erklärt mangels Entrichtung der Gebühren
2025/068	Forderung	für zurückgezogen erklärt mangels Entrichtung der Gebühren
2025/069	Zwangsversteigerung	für zurückgezogen erklärt mangels Entrichtung der Gebühren
2025/070	Sozialversicherungssache (IV-Rente)	Zurückweisung
2025/071	Arbeitsrechtliche Ansprüche	noch nicht entschieden
2025/072	Forderung	keine Folge
2025/073	Strafverfahren (Wiederaufnahme des Verfahrens)	keine Folge
2025/074	(UR-)Strafverfahren (Anschlussklärungen als Privatbeteiligte)	keine Folge
2025/075	Asyl (Unzulässigkeit)	keine Folge
2025/077	Stiftungsaufsicht (Abberufung und Neubestellung von Stiftungsräten)	Folge; keine Aufhebung
2025/078	Strafverfahren (schwerer Betrug und weitere Delikte)	keine Folge
2025/080	Bestellung eines Liquidators	keine Folge
2025/081	Steueramtshilfe (Italien)	keine Folge
2025/085	Nachsteuer 2021	Zurückweisung
2025/086*	Eingliederungsmassnahmen	Folge; keine Aufhebung
2025/087	Amtshaftung	Zurückweisung
2025/088	Strafverfahren (falsche Verdächtigung gem. § 297 StGB)	keine Folge
2025/089	Eröffnung eines Konkursverfahrens	Zurückweisung
2025/090*	Erschliessungskosten (Baulandumlegung)	keine Folge
2025/091	Normenkontrollantrag betr. § 23b Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 StPO	keine Folge
2025/092	Strafverfahren (Kostenbestimmung)	Keine Folge

GERICHTE

482	2025/093	Ablehnung Landrichter	keine Folge
	2025/094	Forderung	keine Folge
	2025/095	(UR-)Strafverfahren (Verfolgungsantrag gem. § 31 Abs. 1 StPO)	noch nicht entschieden
	2025/096	Strafverfahren (Privatanklage gem. § 31 Abs. 1 StPO)	noch nicht entschieden
	2025/097	Strafverfahren (Privatanklage gem. § 31 Abs. 1 StPO)	noch nicht entschieden
	2025/098	Strafverfahren (Privatanklage gem. § 31 Abs. 1 StPO)	noch nicht entschieden
	2025/100	Unterbringung gem. Art. 18d ff. SHG	keine Folge
	2025/101	Ertragsteuer	noch nicht entschieden
	2025/102	Ablehnung der Instruktionperson (Standessache)	noch nicht entschieden
	2025/104	(Straf-)Rechtshilfeverfahren (Verlängerung der Vermögenssperre, Richterablehnung)	keine Folge
	2025/105	Baufreigabe Photovoltaikanlage	Zurückweisung
	2025/106	Steueramtshilfe Italien	noch nicht entschieden
	2025/107	Forderung	noch nicht entschieden
	2025/109	Disziplinarsache (Disziplinarvergehen nach Art. 46 Abs. 1 RAG)	keine Folge
	2025/110	Forderung	keine Folge
	2025/111	Abberufung u. Neubestellung eines Liquidators eines Teilfonds	noch nicht entschieden
	2025/113	Sozialversicherungssache (Wiedereinsetzung in vorigen Stand)	Folge
	2025/114	Steuerveranlagung (Ertragsteuer 2015 und 2016)	keine Folge
	2025/115	Steuerveranlagung (Ertragsteuer 2021)	keine Folge
	2025/117	Datenschutzverletzungen	keine Folge
	2025/119	Steueramtshilfe	noch nicht entschieden
	2025/120	Steueramtshilfe Italien	noch nicht entschieden
	2025/121	Asyl (Unzulässigkeit)	noch nicht entschieden
	2025/122	Strafverfahren	noch nicht entschieden
	2025/123	Eingriff in Natur und Landschaft	noch nicht entschieden
	2025/124	Aufhebung Stiftungsräte und Erlass Amtsbefehl	noch nicht entschieden
	2025/125	Stiftungsaufsicht	noch nicht entschieden
	2025/126	Entzug PVS-Status	noch nicht entschieden
	2025/127	Steueramtshilfe	noch nicht entschieden
	2025/129	(UR-)Strafverfahren (Verfolgungsantrag gem. § 31 Abs. 1 StPO)	noch nicht entschieden
	2025/130	(UR-)Strafverfahren (Verlängerung des Verfügungsverbots)	noch nicht entschieden
	2025/131	Asyl	noch nicht entschieden
	2025/132	Strafverfahren	noch nicht entschieden
	2025/133	Forderung	noch nicht entschieden
	2025/134	Forderung	noch nicht entschieden
	2025/135	Treuhänderschaft	noch nicht entschieden
	2025/136	Forderung	noch nicht entschieden
	2025/137	(UR-)Strafverfahren (Verfolgungsantrag gem. § 31 Abs. 1 StPO)	noch nicht entschieden
	2025/138	(UR-)Strafverfahren (Privatbeteiligtenanschluss)	noch nicht entschieden
	2025/140	Strafverfahren	noch nicht entschieden
	2025/141	Offenlegung nach VwbPG	noch nicht entschieden
	2025/142	Strafverfahren	noch nicht entschieden
	2025/144	Offenlegung nach VwbPG	noch nicht entschieden
	2025/145	Steueramtshilfe	noch nicht entschieden
	2025/146	Steueramtshilfe	noch nicht entschieden

Die folgenden Fälle wurden bzw. werden wegen Ausstandes des Präsidenten unter dem Vorsitz des stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofes behandelt:

StGH-Nr.	Gegenstand	Entscheidung/Verfahrensstand
2024/017	Erlass eines Amtsbefehls	keine Folge
2024/018	Stiftungsaufsichtsmassnahmen	keine Folge
2024/050	Beistandschaft (Abberufung)	Zurückweisung
2024/051	Beistandschaft (Abberufung)	Zurückweisung
2024/094	Beistandschaft (Abberufung)	Folge
2024/095	Beistandschaft (Abberufung)	Folge
2024/098	Herausgabe, Übertragung, Rechnungslegung und Zahlung	noch nicht entschieden
2025/001	Übertretung nach Art. 63a Abs. 2 Ziff. 10 Bankgesetz i.V.m. Art. 63a Abs. 4 Bankgesetz (Finanzmarktaufsichtsverfahren)	keine Folge
2025/003	Forderung	keine Folge
2025/011	Wiederaufnahmeantrag und Antrag auf Nichtigerklärung der Entscheidung der Prüfungskommission für Rechtsanwälte	keine Folge
2025/056	Wiederaufnahme des Verfahrens	noch nicht entschieden
2025/057	Wiederaufnahme des Verfahrens	noch nicht entschieden
2025/059	Amtshaftung (Zurückerstattung Gerichtsgebühren)	Folge
2025/079	Steueramtshilfe (Österreich)	keine Folge
2025/082	Beistandschaft (Abberufung)	keine Folge
2025/083	Beistandschaft (Abberufung)	keine Folge
2025/084	(UR-)Strafverfahren (Fälschung eines Beweismittels)	Verfahrenseinstellung (Rückzug)
2025/099	Zuteilung von Pachtflächen	Zurückweisung
2025/139	Baubewilligung	noch nicht entschieden
2025/143	Anerkennung ausl. Entscheidung	noch nicht entschieden

Die folgenden Fälle wurden bzw. werden wegen Ausstandes des Präsidenten und des stellvertretenden Präsidenten unter einem Ad hoc-Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes behandelt:

StGH-Nr.	Gegenstand	Entscheidung/Verfahrensstand
2024/106	Herausgabebegehren	keine Folge
2025/076	Gerichtsgebühren (Wiedereinsetzung in den vorigen Stand)	keine Folge
2025/103	(UR-)Strafverfahren (Anklageeinspruch)	noch nicht entschieden
2025/108	Antrag gem. Art. 552 § 9 Abs. 4 PGR	noch nicht entschieden
2025/112	(UR-)Strafverfahren (Fristerstreckungsantrag)	noch nicht entschieden
2025/116	Ertragsteuer 2018	noch nicht entschieden
2025/118	Befangenheit	noch nicht entschieden
2025/128	Normenkontrolle (AIFMG)	noch nicht entschieden

Total der Fälle	194
Total erledigte Fälle	148
Total pendente Fälle	46

	Anzahl	in %
Keine Folge	96	65
Zurückweisung/keine Folge	3	2
Zurückweisung	18	12
Für zurückgezogen erklärte Fälle mangels Entrichtung der Gebühren	8	5
Abgeschlossen mangels weiterer Eingaben	7	5
Verfahrenseinstellung (Rückzug)	3	2
Einstellung	1	1
Folge	9	6
Folge; keine Aufhebung	2	1
Teilw. Folge	1	1
	148	100

Anmerkungen:

*StGH 2024/059, Erw. 8 ff.: «Art. 41 Abs. 1 LVG, wonach die für das Verwaltungsverfahren geltende Kostenregelung gemäss Art. 35 ff. LVG auch für das Rechtsmittelverfahren gilt, [ist] spruchgemäss als verfassungswidrig aufzuheben. [...] der Staatsgerichtshof [kann] nur eine verfassungswidrige Norm (oder Teile davon) aufheben, er kann sie aber nicht abändern oder durch eine andere Norm ersetzen. Dies kann nur der Gesetzgeber (StGH 2020/097, LES 2021, 182 [187 Erw. 4.1]). Tatsächlich besteht für den Gesetzgeber für die Regelung des Anspruchs auf Kostenersatz im Verwaltungsbeschwerdeverfahren Spielraum für verschiedene verfassungskonforme Lösungen. Der Anspruch auf Kostenersatz darf durchaus auch eingeschränkt werden, sofern dadurch der Rechtsmittelzugang nicht (in faktisch unzumutbarer Weise erschwert) (StGH 2009/072, Erw. 2.2 [a.a.O.]; siehe oben Erw. 7) wird. Beispiele für solche Lösungen sind etwa die Regelungen der beiden Nachbarkantone St. Gallen (Art. 78 VRP SG) und Graubünden (Art. 98 VRP GR).»

*StGH 2024/069, Erw. 3.2: «Hierzu erscheinen zunächst einige grundsätzliche Erwägungen zur gesetzlichen Regelung der Vermögenssperre gemäss § 97a StPO angebracht. Gemäss Absatz 4 dieser Bestimmung kann eine erste Sperre für maximal zwei Jahre erfolgen. Sie kann jeweils um maximal ein Jahr verlängert werden. Das Beschwerdeverfahren zeigt exemplarisch, dass sich bei konsequenter Anfechtung der Verlängerungsbeschlüsse schnell einmal ziemlich unübersichtliche Konstellationen ergeben können, jedenfalls dann, wenn die Beschwerdeführung – und sei es auch nur teilweise – erfolgreich ist. Dann können etwa wie im Beschwerdefall Instanzenzüge erst in einem Zeitpunkt abgeschlossen werden, in dem die relevante Verlängerungsfrist schon abgelaufen ist. Es zeigt sich jedenfalls, dass die maximale Verlängerungsfrist von einem Jahr zu grossen praktischen Problemen führen und den Justizapparat an seine Grenzen bringen kann. De lege ferenda wäre es wohl angezeigt, eine längere maximale Verlängerungsfrist in Betracht zu ziehen; dies auch deshalb, weil eine Sperre gemäss § 97a Abs. 5 StPO unabhängig von der verfügbaren Dauer jederzeit aufzuheben ist, wenn die Voraussetzungen weggefallen sind.»

*StGH 2025/086, Erw. 2.3.2 ff.: «Nun bestätigen allerdings gerade die vom Obersten Gerichtshof zitierten Legaldefinitionen von «Schutzbedürftigen» und «vorläufig Aufgenommenen» die Rechtsauffassung des Obergerichts, dass sich das Schutzbedürfnis der beiden Personengruppen deckt. In beiden Fällen ist die Rückkehr ins Herkunftsland trotz fehlendem bzw. nicht festgestelltem Asylgrund bis auf Weiteres nicht zumutbar. Dies ist ein überzeugendes Argument für die Gleichbehandlung. [...]»

Allerdings ist einzuräumen, dass der Staatsgerichtshof hierbei an die Grenzen der Justiziabilität stösst. Abgesehen davon, dass der Staatsgerichtshof die Folgen einer Aufhebung der angefochtenen Entscheidung nicht abschätzen kann, geht es nicht nur um komplexe, sich gegenseitig bedingende Asyl- und sozialversicherungsrechtliche Aspekte, sondern auch um grundlegende gesellschaftspolitische Fragen, für deren Entscheidung das Verfassungsgericht weder geeignet noch demokratisch legitimiert ist. Eine Gleichbehandlung ist eben durch eine Angleichung sowohl nach oben als auch nach unten möglich. Dieser Entscheidung des Gesetzgebers kann und will der Staatsgerichtshof nicht vorgreifen.

In einer solchen Situation behilft sich der Staatsgerichtshof damit, dass er die verfassungswidrige Rechtslage zwar feststellt und der Individualbeschwerde auch Folge gibt, auf eine Aufhebung der angefochtenen Entscheidung aber verzichtet zugunsten eines Appells an den Gesetzgeber, baldmöglichst eine verfassungskonforme Lösung zu schaffen.»

*StGH 2025/090, Erw. 2.8 f.: «Da eine sich in jedem Fall über mehrere Jahre hinziehende Perimetererschliessung tatsächlich dynamischer ist als eine Steuerveranlagung oder auch als die Überwälzung von [...] Kanalisations- und Wasseranschlussgebühren [...], fragt es sich schon, wie praktikabel diese kurze ordentliche Verjährungsfrist ist. Eine zehnjährige ordentliche Verjährungsfrist etwa analog der Verjährungsfrist gemäss dem schweizerischen Obligationenrecht [...] erschiene da schon praktikabler. [...]»

Generell bestünde aber offensichtlich Handlungsbedarf für den Gesetzgeber angesichts der beträchtlichen Rechtsunsicherheit in diesem Bereich. Tatsächlich hat der Gesetzgeber den oben erwähnten Vorstoss von zwei Abgeordneten, die Gemeinden zur Rechnungsstellung vor dem Abschluss der Erschliessung eines Perimeters zu verpflichten (siehe Erw. 2.2), nur deshalb nicht aufgegriffen, weil die geltende Regelung «von grosser praktischer Bedeutung für die Gemeinden» sei und die Regierung «die Tragweite einer solchen Anpassung nicht abschätzen» könne (Stellungnahme Nr. 121/2023, 9). Eine entsprechende Verjährungsregelung im Baugesetz würde hier Transparenz schaffen.»